

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die künftige Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hier: Rahmenplan 2004 bis 2007

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I. Auftrag	1	II. Wesentliche Änderungen im Rahmenplan 2003 bis 2006
II. Wesentliche Änderungen im Rahmenplan 2003 bis 2006	1	Der Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) hat am 13. Dezember 2002 abschließend über den Rahmenplan 2003 bis 2006 beschlossen.
III. Entwicklung der Förderungsgrundsätze des Rahmenplans 2004 bis 2007	2	Kern der Beschlüsse waren die Erweiterungen der Maßnahmen zur Förderung einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung. Mit diesen Maßnahmen bietet der Bund den Ländern inhaltliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung der Modulation ab dem Jahr 2003.
IV. Ausstattung der Rahmenpläne mit Finanzmitteln	3	Die Fördermöglichkeiten umfassen die Bereiche:
Anlage 1	5	– Ackerbau mit erweiterten Fruchtfolgen,
Anlage 2	6	– Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten über Winter,
Anlage 3	7	– Mulch- und Direktsaat- bzw. -pflanzverfahren,
I. Auftrag		– Exaktausbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger,
Die Bundesregierung legt diesen Bericht dem Deutschen Bundestag gemäß dessen Beschluss vom 3. Mai 1984 (Drucksache 10/1250) vor. Sie berichtet über den geltenden Rahmenplan 2003 bis 2006 und gibt einen Überblick über die beabsichtigte Gestaltung des Rahmenplans 2004 bis 2007.		– Maßnahmen des biologischen und biotechnischen Pflanzenschutzes,
Die Beratungen zur Weiterentwicklung der Förderungsgrundsätze des Rahmenplans 2004 bis 2007 finden derzeit auf Bund-/Länderebene statt. Die Beschlussfassung durch den PLANAK ist für Dezember 2003 vorgesehen.		– einzelflächenbezogene Grünlandextensivierung,
		– besonders umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren.
		Eine weitere Maßnahme, mit der die Verringerung des Viehbesatzes in umweltsensiblen Regionen gefördert werden sollte, konnte aufgrund EG-rechtlicher Probleme nicht umgesetzt werden.
		Über diese Agrarumweltmaßnahmen fließen die durch Modulation in der 1. Säule gekürzten Direktzahlungen – verstärkt durch eine nationale Mitfinanzierung – in die landwirtschaftlichen Betriebe zurück. Damit werden gesellschaftlich erwünschte Leistungen der Landwirtschaft honoriert: Die Förderung gleicht Verluste und Kosten infolge

einer extensiven Bewirtschaftung aus; eine unmittelbar einkommenswirksame Anreizkomponente der Agrarumweltmaßnahmen ist EG-rechtlich auf maximal 20 % des Förderbetrages begrenzt. Die pflanzenbaulichen Maßnahmen richten sich vorwiegend an Marktfruchtbaubetriebe und geben einen Anreiz zur Einführung besonders umweltverträglicher Produktionsverfahren, mit denen u. a. Nitratauswaschung und Erosion verhindert werden. Für tierhaltende Betriebe werden u. a. die zusätzlichen Verfahrenskosten für Stroheinstreu mit Festmistkette und der besonders tiergerechte, aber arbeitsaufwendige Weidegang für Kühe und Schweine gefördert.

Im Agrarinvestitionsförderungsprogramm wurden die Fördertatbestände mit konkretem Umweltbezug in einem Kapitel zusammengefasst. Hierzu gehören emissionsmindernde Maßnahmen, bestimmte Maschinen für eine besonders umweltgerechte Produktion und für nachwachsende Rohstoffe sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und -umstellung. Für alle Fördertatbestände dieses Kapitels können jetzt die besonderen Zuschüsse gewährt werden:

- bei einem förderungsfähigen Investitionsvolumen zwischen 10 000 und 50 000 Euro ein Zuschuss von bis zu 35 %,
- bei einem förderungsfähigen Investitionsvolumen zwischen 50 000 und 1,25 Mio. Euro über die Zinsverbilligung hinaus ein Zuschuss von 10 %, maximal 30 000 Euro.

Außerdem wurde für Kleine Investitionen (zwischen 10 000 und 100 000 Euro) die Möglichkeit geschaffen, die Förderung von einer Zinsverbilligung für aufgenommene Kapitalmarktdarlehen auf eine reine Zuschussförderung von bis zu 20 % des förderfähigen Investitionsvolumens umzustellen. Dies führt gerade bei kleinerem Investitionsvolumen zu einer deutlichen Vereinfachung der Abwicklung der Förderung und damit zu einem zusätzlichen Investitionsanreiz.

Bei der Ausgleichszulage wurde eine Anhebung der Obergrenze für das betriebliche Fördervolumen von 12 000 Euro/Begünstigtem auf 16 000 Euro/Begünstigtem beschlossen, um den im Strukturwandel wachsenden Betriebsgrößen Rechnung zu tragen.

Außerdem wurden die Prämien für die Umwandlung von Ackerland in Grünland in festgesetzten Überschwemmungsgebieten angehoben: Künftig ist ein Höchstbetrag von jährlich 574 Euro/ha vorgesehen. Damit erhalten die Landwirte einen ökonomisch interessanten Anreiz zum aktiven Hochwasserschutz. Durch die freiwillige Teilnahme an solchen Maßnahmen lassen sich häufig ordnungsrechtliche Eingriffe vermeiden.

Neu aufgenommen in das Spektrum der Fördermaßnahmen wurde ein Förderungsgrundsatz zur Erhöhung der Stabilität der Wälder. Durch den Umbau von forstlichen Reinbeständen in stabile Laub- und Mischbestände bzw. die Naturverjüngung mit standortgerechten Baumarten wird ein deutliches Signal in Richtung einer besonders naturnahen Waldbewirtschaftung gesetzt. Hierzu gehört auch die Förderung der erforderlichen Vorarbeiten durch Untersuchungen und Planungen. Berücksichtigt wird zukünftig außerdem die Gestaltung und Pflege von Waldrändern sowie das bestands- und bodenschonende Holzrücken mit Pferden.

In ein Sonderprogramm „Hochwasser“ wurden Maßnahmen zur Wiederherstellung der durch das Hochwasser an Elbe und Donau im Sommer 2002 zerstörten Infrastruktur im ländlichen Raum aufgenommen. Die Maßnahmen zielen insbesondere auf Hochwasserschutzanlagen (Deiche) und ländliche Infrastruktureinrichtungen wie Wege, Brücken, Abwasser- und Trinkwasseranlagen. Für Sofortmaßnahmen in 2002 hat der Bund 21,9 Mio. Euro aus GAK-Mitteln bereitgestellt. Ab 2003 stehen zur Finanzierung der Maßnahmen Mittel aus dem Aufbauhilfefonds zur Verfügung.

III. Entwicklung der Förderungsgrundsätze des Rahmenplans 2004 bis 2007

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die GAK zu einem Instrument der ländlichen Entwicklung auszugestalten. Leitbild ist dabei eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, in deren Zentrum u. a. der Schutz von Mensch, Gesundheit und Natur stehen. Der auf europäischer Ebene eingeleitete Ansatz, die 2. Säule über den landwirtschaftlichen Bereich hinausgehend für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung zu stärken und die integrierte ländliche Entwicklung voranzubringen, wird unterstützt.

Dieser Auftrag korrespondiert mit den Zielen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Die Bundesregierung hält die GAK für weiterhin erforderlich, da sie eine wichtige Koordinierungsfunktion hat und mit der EU-Förderung verknüpft ist. Zur Vereinfachung und Konzentration soll die GAK auf systemimmanente, effizienzsteigernde Reformmöglichkeiten überprüft werden.

Auch der PLANAK hat sich in einem Beschluss zum Ziel gesetzt, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu einem Instrument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums einschließlich der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auszubauen. Durch das Angebot integrierter, sektorübergreifender Förderansätze soll die GAK noch stärker zur Umsetzung der mit der Agenda 2000 zur 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgebauten Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung beitragen.

Reformüberlegungen müssen einerseits den differenzierten Zielen der GAK Rechnung tragen, andererseits bedarf es aber auch einer Konzentration der Förderung auf strukturelle Aufgaben mit gesamtstaatlicher Bedeutung, die die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erfordern.

Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Wettbewerbs auf den Agrarmärkten und des infolge der EU-Osterweiterung verringerten finanziellen Spielraums für produktionsbezogene Einkommenstransfers gewinnen Überlegungen, wie nachhaltige landwirtschaftliche Strukturen aufrechterhalten werden können, zunehmend an Bedeutung.

Die förderpolitische Unterstützung der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe auf die veränderten gesellschaftlichen Erwartungen (Lebensmittelqualität und -sicherheit, Tierschutz, Umweltverträglichkeit) ist weiterhin notwendig. Es wird darum gehen, die Lenkungswirkung der Fördermittel unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion noch stärker auf die Verbes-

serung der Produktionsbedingungen (insbesondere der Prozessqualität) zu konzentrieren. In diesem Sinn erfolgte in den letzten Jahren bereits eine Neuausrichtung mit dem Ziel der Förderung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft. So wurden u. a. im Zusammenhang mit der Umsetzung der Modulation die Agrarumweltmaßnahmen erweitert. Die Förderung des ökologischen Landbaus einschließlich der Vermarktung wurde erheblich verbessert. Im Agrarinvestitionsförderungsprogramm wurden für Investitionen in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz besonders günstige Förderkonditionen geschaffen. Diese Maßnahmen bedürfen auch zukünftig eines flächendeckenden Ansatzes.

Das Ziel der GAK, die Agrarstruktur zu verbessern, verlangt künftig auch eine konsequentere Betrachtung der Rahmenbedingungen wie Raumordnung, Landesplanung, Umwelt- und Tierschutz, um einen effizienteren Beitrag zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume als Wirtschafts-, Wohn-, Natur- und Erholungsräume zu erreichen.

Die wirtschaftliche Stärkung der ländlichen Räume gewährleistet das erforderliche Umfeld für eine wettbewerbsfähige und multifunktional ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft. Ohne entsprechende Anschubfinanzierung für neue unternehmerische Aktivitäten läge eine Lösung für viele Arbeitskräfte in der Regel darin, der Landwirtschaft gänzlich den Rücken zu kehren und in den Ballungsräumen Arbeit zu suchen. Angesichts der Strukturschwäche vieler ländlicher Räume hätte so der landwirtschaftliche Strukturwandel unmittelbar eine weitere Abwärtsbewegung dieser Räume zur Folge.

Verbesserung der Agrarstruktur im Sinne des GAK-Gesetzes bedeutet deshalb auch, je nach Potenzial in den ländlichen Regionen Maßnahmen zu unterstützen, die Einkommenschancen für Landwirte durch Verknüpfung landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Aktivitäten eröffnen.

Neukonzeption des Förderbereichs „Verbesserung der ländlichen Strukturen“

Die Grundsätze für Flurbereinigung, Dorferneuerung, agrarstrukturelle Entwicklungsplanung und ländlichen Wegebau sollen zu einem Grundsatz „Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung“ zusammengeführt und inhaltlich überarbeitet werden.

Jede Region hat ihre eigenen Stärken und Schwächen. Förderung wirkt umso eher, je stärker die einzelnen Maßnahmen auf die regionalen Besonderheiten abgestimmt sind. Daher sollen für die Förderung agrarstruktureller Maßnahmen regionale Entwicklungskonzepte erarbeitet werden. Erst durch die Identifizierung regionaler Ziele lassen sich die strategisch erforderlichen und ineinander greifenden Maßnahmen ableiten. Die finanzielle Unterstützung für Maßnahmen integrierter ländlicher Entwicklung soll deshalb künftig grundsätzlich davon abhängig sein, dass sich die Akteure der Region partnerschaftlich auf ein kohärentes und durchführbares Konzept für eine nachhaltige Entwicklung verständigen.

Um die in der Region erarbeitete Strategie auch zielgerichtet umzusetzen, ist eine entsprechende Begleitung in Form eines Regionalmanagements erforderlich. Diese Erkenntnis folgt aus den Erfahrungen mit der Gemeinschaftsinitiative

LEADER und dem Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“. Auf EU-Ebene wurde dem mit den Beschlüssen zum Mid-term-Review Rechnung getragen. Das „Management integrierter Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums durch örtliche Partnerschaften“ wurde in die Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 als Fördertatbestand aufgenommen.

Die Förderungsgrundsätze sollen sich auf eine Rahmensteuerung beschränken: insbesondere durch Vorgabe des Ziels einer integrierten ländlichen Entwicklung, durch Erarbeitung von Entwicklungskonzepten und die Vorgabe von Standards für diese Konzepte.

In den anderen Förderbereichen setzt sich die Bundesregierung für folgende Änderungen ein:

Verbesserung der investiven Förderung für Junglandwirte im Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) entsprechend der erweiterten Möglichkeiten der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 infolge der Beschlüsse zur Mid-term-Review (MTR) durch Anhebung des maximalen Beihilfewerts um 5 Prozentpunkte.

Zur Umsetzung der MTR-Beschlüsse soll die GAK außerdem um eine Fördermöglichkeit im Zusammenhang mit dem Aufbau betrieblicher Managementsysteme (insbesondere Qualitäts- und Umweltmanagement) ergänzt werden. Mit der Förderung soll ein Beitrag geleistet werden zur Verbesserung der Produkt- und Prozessqualität, der Rückverfolgbarkeit aller Produkte, von Umweltaspekten der gesamten Produktion sowie des Tierschutzes und der Tiergesundheit.

Begleitend sollen Fördermaßnahmen mit untergeordneter Bedeutung auslaufen. Dies betrifft die Förderung von Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung und die Anpassungshilfe für ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer.

Zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Agrarumweltmaßnahmen unter Berücksichtigung der ab 2005 erforderlichen Umsetzung von Cross-Compliance wie auch der Auswirkungen der Entkopplung werden in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Ansatzpunkte erarbeitet werden.

IV. Ausstattung der Rahmenpläne mit Finanzmitteln

Eine Übersicht über die Entwicklung der Mittelansätze der Gemeinschaftsaufgabe enthält Anlage 1. Die Verteilung der Mittel (Ist-Ausgaben) auf Bundesländer und Maßnahmen im Haushaltsjahr 2002 zeigt Anlage 2.

Im Haushaltsjahr 2003 stehen zur Umsetzung der Maßnahmen des Rahmenplans Bundesmittel in Höhe von 764,7 Mio. Euro zur Verfügung. Zusammen mit den Landesmitteln können damit ca. 1 256 Mio. Euro eingesetzt werden. In Anlage 3 werden die Ansätze für 2003 absolut sowie die prozentualen Veränderungen in den einzelnen Maßnahmengruppen gegenüber dem Jahr 2002 dargestellt.

Bei der Betrachtung nach Schwerpunkten haben die Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Strukturen mit 37 % den größten Anteil am Gesamtplafond. Die Förderung zur Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen folgt mit einem Anteil von knapp 25 %. Die Förderung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung insbesondere durch die Ausgleichszulage umfasst 23 % des Gesamtplafonds.

Nach Abzug der Altverpflichtungen in Höhe von rd. 681 Mio. Euro stehen für 2003 mit 575 Mio. Euro Bundes- und Landesmittel knapp 46 v. H. des Gesamtplafonds für Neubewilligungen zur Verfügung.

In 2003 werden aufgrund der Anmeldungen der Länder Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von voraussichtlich 840 Mio. Euro (Bundes- und Landesmittel) in Anspruch genommen, die in künftigen Haushaltsjahren wirksam werden.

Insgesamt beträgt der Neubewilligungsrahmen an Kassemitteln und Verpflichtungsermächtigungen damit 1 415 Mio. Euro Bundes- und Landesmittel.

Der Regierungsentwurf sieht im Haushaltsjahr 2004 Bundesmittel von 735 Mio. Euro für die Maßnahmen des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe vor. Hieraus errechnet sich ein Plafond an Bundes- und Landesmitteln von rd. 1 205 Mio. Euro.

Die GAK bildet den inhaltlichen und finanziellen Kern der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung, mit denen die verfügbaren EU-Mittel gebunden werden. Aus dem EAGFL stehen im Jahr 2003 insgesamt knapp 1 300 Mio. Euro zur Verfügung. Die GAK-Mittel leisten so einen wichtigen Beitrag zur nationalen Mitfinanzierung der EU-Programme zur Entwicklung ländlicher Räume; gleichzeitig wird ihre Wirkung dadurch erheblich verstärkt.

Anlage 1

Entwicklung der Mittelaussätze für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
– Beträge in Mill. Euro –

Jahr	1973-1980	1981	1982	1983	1984 ¹⁾	1985	1986	1987	1988	1989	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002 ¹⁾	2003
A. Mittelaussstattung *) (Bundes- und Landesmittel)	19 480,14	1 283,93	2 199,20	2 224,13	2 146,00	2 061,25	2 027,15	1 652,10	1 437,00	1 415,63	1 475,98	1 384,79	1 430,08	1 294,06
B. Bundesmittel														
Rahmenplan	11 486,30	775,72	1 329,06	1 344,70	1 299,91	1 247,55	1 227,10	971,16 ¹⁾	873,80	873,00	868,00	812,95 ¹⁾	863,25 ¹⁾	764,1 ¹⁾
- Anwerbsleistungen	5 905,33	379,33	565,13	614,05	619,20	586,60	569,84	551,61	509,03	475,74	510,90	442,43	479,10	419,20
- in % vom Rahmenplan	51,4	49,0	42,5	45,0	47,6	47,0	46,3	57,8	58,3	54,5	57,9	54,4	54,9	54,2
- from Kasernen	5 060,16	400,09	754,20	699,75	680,71	650,68	657,10	410,65	564,77	109,00	385,90	379,03	380,15	360,84
Neuzuschüsse (gesamt) aufgrund von LPH	8 437,30	905,64	793,73	793,91	880,09	813,69	854,05	717,79	591,41	540,56	595,09	540,56	499,64	599,12

*) ab 1981 einschließlich neuer Länder

1) Verdichtungsmaßnahmen

*) incl. Sonderausstattung

*) verfügbare Mittel unter Berücksichtigung der gesamten Mittelausgabe

*) für Sonderleistungen (z.B. "Lust" bis 2000 bis 2002 zusätzliche Bundesmittel von insgesamt 15,3 Mrd. Euro

*) verfügbare Mittel unter Berücksichtigung der BSE-bedingten Absenkung um 83,9 Mrd. Euro

*) verfügbare Mittel unter Berücksichtigung einer globalen Minderungsrate von 40,630 Mrd. Euro

*) verfügbare Mittel unter Berücksichtigung einer globalen Minderungsrate von 35 Mrd. Euro

Anlage 2

Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
Ist-Ausgaben 2002 (Kassenergebnisse)

[illegible]

